Ein Parteisekretär tritt gegen die Mafia an

Facettenreiche Grosskampagne in der westchinesischen Stadt Chongqing

Ein chinesischer Parteisekretär hat in Chongqing eine Kampagne gegen Mafia und Korruption losgetreten und Hunderte von Personen verhaften lassen. China mutmasst über die Hintergründe der Aktion und darüber, ob sie Geschichte machen wird.

Peter A. Fischer, Chongqing



Blick auf die nächtliche Skyline von Chongqing und den Jangtse-Fluss. ESPEN RASMUSSEN / PANOS



Der ehemalige stellvertretende Polizeichef von Chongqing, Wen Qiang, nach seiner Verhaftung. IMAGINE CHINA

Die lauten Pauken und Trompeten kamen eigentlich nicht unverhofft, sondern folgten auf ein längeres, leises Prélude. Dieses war von vielen geflissentlich überhört worden. Am Anfang war der weltgewandte chinesische Wirtschaftsminister Bo Xilai, der auch Politbüromitglied ist und wahrscheinlich ein parteiinternes Kräftemessen verloren hatte. Statt in Peking weiterbefördert zu werden, wurde er Ende 2007 als Parteisekretär in die weit entfernte westchinesische Industrie-Millionenstadt Chongqing verschickt. Dann holte Bo im Juli 2008 einen alten Vertrauten aus früheren Zeiten und Kriminalpolizisten zu sich und machte ihn zum Vizedirektor von Chongqings Polizei. Er ersetzte Wen Qiang, der dieses Amt 17 Jahre innegehabt hatte. Wen wurde zum Chef des Büros für juristische Fragen weggefördert. Schliesslich sorgte im Herbst ein Streik von sich angeblich über unhaltbare Zustände beklagenden Taxifahrern für Schlagzeilen. Bo traf sich mit Streikenden und versprach, den Problemen auf den Grund zu gehen.

Haft auch für Polizisten

Anfang Juni 2009 erschallten dann die Pauken und Trompeten. Eine 3000 Mann starke Polizeitruppe, die von Bo offenbar aus anderen Landesgegenden zusammengezogen worden war, begann mit einer grossangelegten Verhaftungswelle. Laut einer Pressemitteilung der Regierung von Chongqing wurden bis Ende Oktober 814 Personen in Haft genommen und gegen 2953 Untersuchungen eingeleitet, unter ihnen angeblich 67 Bandenchefs und 49 Polizisten. Zu Letzteren zählt der ehemalige stellvertretende Polizeichef Wen, dem vorgeworfen wird, zentraler Patron lokaler mafiaähnlicher Organisationen gewesen zu sein. Die Polizei will auch zahlreiche Luxusautos, Drogen und sogar Waffen beschlagnahmt haben.

Die mafiaähnlichen Gangs sollen in Chongqing in grösserem Stil – in Festlandchina verbotene – Kasinos betrieben haben; eines davon in einem direkt gegenüber dem Polizeihauptquartier gelegenen Hotel. Die anscheinend aus Clan-orientierten Bruderschaften herausgewachsenen Banden kontrollierten offenbar Karaoke-Bars, Prostitutions- und Drogenringe, vergaben zu Wucherzinsen Kredite und betrieben sogar illegal Bergwerke. Anscheinend war es ihnen in verschiedenen Sektoren auch gelungen, halblegal lukrative lokale Monopole zu errichten, darunter im Fleischhandel, in den städtischen Busbetrieben und dem Taxigewerbe. Wie Taxifahrer vor Ort bestätigen, war ihr Streik – in China sind solche Proteste eigentlich verboten – nicht aus einem plötzlich überbordenden Unmut der Angestellten heraus entstanden, sondern weil ihnen gesagt wurde, sie sollten nicht arbeiten. Dahinter steckten wohl Taxi-Bosse, welche die Behörden davor warnen wollten, stärker gegen auf eigene Rechnung arbeitende, nicht dem Monopol angehörende Fahrer vorzugehen.

Schnelle Gerichtsverfahren

Gemeinsam war Chongqings mafiaähnlichen Organisationen, dass sie Gewalt einsetzten, wenn sich jemand ihren Interessen in den Weg stellte oder einen Kredit nicht zurückzahlen wollte, und dass ihre Macht gute Beziehungen zu Behörden bedingte, welche zumindest wegsehen mussten. Die Banden wirken eher kleinkriminell im Vergleich zum systemimmanenten Filz von korrupten Gefälligkeits-Netzwerken zwischen der Bürokratie, Parteikadern und halbstaatlichen und privaten legalen Unternehmen, welcher anscheinend von der Kampagne bisher nur indirekt betroffen wurde.

Inzwischen sind erste Gerichts-Prozesse abgewickelt, in denen zahlreiche Angeklagte erstaunlich schnell zu langjährigen Haftstrafen und zwei wegen Mordes sogar zum Tode verurteilt wurden. Das Gericht hat Transparenz versprochen und gelobt, alle Prozesse rechtsstaatlich durchzuführen. Doch Anwälte, welche Mandate zur Verteidigung von Angeklagten angenommen haben, klagen darüber, kaum Zeit zu erhalten, sich in die Materie einzuarbeiten, und enormem Anfeindungen ausgesetzt zu sein.



Dem ehemaligen stellvertretenden Polizeichef Wen und möglichen Hintermännern im Funktionärsapparat wurde bisher noch nicht der Prozess gemacht. Dies geht wahrscheinlich nur mit Zustimmung verschiedener Pekinger Stellen. Immerhin musste im November Chongqings langjähriger Bürgermeister per Dekret aus der Hauptstadt etwas vorzeitig in Pension gehen. Er wurde durch einen Bo Xilai näherstehenden Vizebürgermeister ersetzt.

Verschiedene Interpretationen

In China wird derweil über die Motive der ungewöhnlichen Aktion gemutmasst. Bo Xilai und seine Behörden sind für Fragen des ausländischen Journalisten wie in China üblich nicht erreichbar. Der 60-jährige Parteisekretär, der in seiner Gebietskörperschaft der wichtigste und mächtigste Mann ist, beteuerte Mitte Oktober gegenüber chinesischen Medien, sein Vorgehen sei keineswegs eine politische Show, sondern eine Reaktion auf die dringende Forderung gewöhnlicher Bürger nach mehr Schutz vor dem brutalen Vorgehen der lokalen Mafia und korrupter Behörden. Davon ist vor Ort allerdings nicht sehr viel zu spüren. Angesprochene Taxifahrer, Passanten und Besitzer kleiner Geschäfte wollen entweder keine Stellung nehmen oder markieren Gleichgültigkeit. Viele beteuern, die Kampagne möge ja gut sein, aber für sie habe sich in ihrem Leben bisher nichts geändert. Ein Taxifahrer behauptet, seine Geschäfte seien sogar schlechter geworden, weil sich Reiche abends weniger getrauten, in teure Lokale zu gehen. Zumindest die Karaoke-Bars sind wieder geöffnet.

In- und ausländische Beobachter sind sich einig, dass Chongqing für chinesische Verhältnisse keine aussergewöhnlich kriminelle Stadt war. Sehr ungewöhnlich sei bloss, dass die typischen Machenschaften durch Bo Xilais Vorgehen ans Tageslicht gezerrt wurden. Unternehmer erklären, dass in Westchina die Sitten noch etwas rauer seien und die Korruption etwas ausgeprägter als in Schanghai oder Peking. Doch sofern Bo Xilais Kampagne anhalte, werde Chongqing wohl bald zu einem unverhofft sauberen Standort.

Manche sehen in der breiten und publikumsträchtigen Säuberungsaktion den – für chinesische Verhältnisse äusserst unorthodoxen – Versuch eines hohen Parteifunktionärs, seine Karrierechancen nicht durch internes Lobbying hinter verschlossenen Türen zu verbessern, sondern durch in populären Aktionen erworbene direkte Unterstützung durch das Volk. Andere wollen in Bo Xilais Vorgehen einen Machtkampf sehen zwischen unterschiedlichen Funktionärs-Faktionen in Chinas oberster Führung. Dritte weisen darauf hin, dass sich die Aktion bisher kaum gegen parteiinterne Korruption gerichtet hat, sondern gegen die Macht Triaden-ähnlicher Gruppierungen, wie sie vor der kommunistischen Revolution in China existierten. Denkbar sei, dass das nationale Politbüro seine Macht durch die Wiedererstarkung solcher Strukturen herausgefordert sehe und beschlossen habe, diese zu bekämpfen. Chongqing wäre dann nur die erste Etappe einer landesweiten Kampagne.

Systemimmanente Probleme

Alle drei Erklärungen haben etwas für sich. Was die Korruption betrifft, rangiert China 2009 im Korruptionsindex von Transparency International zusammen mit Burkina Faso, Trinidad und Tobago sowie Swaziland auf dem 79. Platz unter 180 Ländern. Nicht nur eine stark auf persönlichen Netzwerken und dem Austausch von Gefälligkeiten basierende Kultur begünstigt im Reich der Mitte Korruption, sondern auch mangelnde Transparenz und Rechenschaft der Behörden sowie das Einparteienregime, welches bis heute keine echte Gewaltenteilung kennt und in dem Parteimitglieder in vielem immer noch über dem Recht stehen. Die derzeit herrschende Klasse scheint zwar überbordenden Missbrauch verstärkt bekämpfen zu wollen. Doch dass sie grosses Interesse an einer grundsätzlichen Änderung des Systems hat, darf vorläufig bezweifelt werden.

Professor Chen Zhonglin ist Dekan der juristischen Fakultät der Universität von Chongqing und einer der ganz wenigen vor Ort, die bereit sind, zur Anti-Mafia-Kampagne des Parteisekretärs öffentlich Stellung zu nehmen. Er begrüsse sie sehr, erklärt er. Die Notrufnummer der Polizei erhalte nun 40 Prozent weniger Anrufe als noch vor einem Jahr. In der von Bo Xilai deutlich beschleunigten Kampagne sieht Chen einen wichtigen Schritt zur Modernisierung Chinas. In seltener Offenheit erklärt er, die Ereignisse hätten gezeigt, dass das Verhalten mancher Offizieller keineswegs den berechtigten Erwartungen des Volkes genüge.

Mehr Stimme für das Volk

Wenn sich daran dauerhaft etwas ändern solle, brauche es mehr Transparenz und mehr Möglichkeiten für gewöhnliche Leute, ihre Stimme zu erheben, fordert der Rechtsprofessor. Es sei ein ernstes Problem, dass in China viele Intellektuelle dächten, das Volk sei zu ungebildet. Manche Behördenmitglieder gäben offen zu, dass sie nicht wüssten, wer das chinesische Volk sei. Er erkläre ihnen dann, dass jeder Mann und jede Frau das Volk seien und Behörden diesem vertrauen müssten, erzählt Chen.

Der Professor sieht einen wichtigen Fortschritt darin, dass die Gerichte in Chongqing begonnen hätten, die E-Mail-Adressen der Gerichtsvorsitzenden zu veröffentlichen. Chen wirbt für eine strikte Anwendung von Recht und Gesetz, offene Gerichtsverfahren, die Übertragung von Verhandlungen im regionalen Fernsehen und Fernsehsendungen, welche das Volk über seine Rechte und das Gesetz aufklären. Transparenz sieht Chen als eine historische Entwicklungsrichtung, welche dem Volk Macht gibt. Wer nicht grosse soziale Probleme wolle, dürfe diese Entwicklung nicht aufhalten, mahnt er. China sei reif dafür.

Sollte der Professor recht behalten, könnten die Ereignisse von Chongqing und der unorthodoxe Parteisekretär tatsächlich in die Geschichtsbücher eingehen. Doch die Grosskampagne hat zu viele schillernde Facetten, als dass dies schon als gesichert gelten könnte.